



NEWSLETTER VON CLAUDIA TAUSEND

Mitten in der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes konnten wir in Berlin wichtige Meilensteine bei zentralen Zukunftsfragen unserer Kommunen setzen: der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, dem Schutz bezahlbaren Wohnraumes und dem Klimaschutz in der Kommune. Denn uns als SPD-Bundestagsfraktion ist eine Politik wichtig, die den Menschen konkret vor Ort weiterhilft. Dazu mehr im folgenden Newsletter.

Viel Spaß beim Lesen

Verbesserungen im Mietrecht: Fortschritte für bezahlbares Wohnen

Die SPD ist die Partei der Mieterinnen und Mieter. Deshalb haben wir uns für die Verlängerung der Mietpreisbremse stark gemacht und konnten uns letztlich gegen den Widerstand der Union durchsetzen. Denn ohne eine neue gesetzliche Regelung würde die Mietpreisbremse schon 2020 in einigen Bundesländern auslaufen. Mit dem Gesetz schaffen wir die Option für die Landesregierungen, die Regelungen zur Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Darüber hinaus verschärfen wir die Mietpreisbremse: Zu viel gezahlte Miete kann künftig rückwirkend ab Beginn des Mietverhältnisses bis zu 30 Monate zurückgefordert werden. Zurzeit gilt dies erst ab dem Zeitpunkt einer Rüge. Diese Regelung geht über die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag hinaus und ist eine wichtige Stärkung der Rechte von Mieterinnen und Mieter, die es ohne die SPD nicht geben würde.

Verlängerter Betrachtungszeitraum beim Mietspiegel

Bereits im Dezember haben wir ein Gesetz beschlossen, mit dem wir Mieterinnen und Mieter vor Mietpreisanstiegen schützen, indem wir den Betrachtungszeitraum beim Mietspiegel ausweiten. Dafür hat die SPD-Bundestagsfraktion lange gegen den Widerstand der Union gekämpft. 1982 beschlossen Union und FDP, nur die naturgemäß erheblich höheren Neuvermietungen in den jeweils letzten vier Jahren zur Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete zuzulassen. Nun werden endlich die Mieten aus sechs statt nur vier Jahren in Vergleichsmiete einfließen. Dadurch sinkt die Vergleichsmiete tendenziell und der Anstieg der Mietpreise bei bestehenden und bei neuen Mietverhältnissen wird gedämpft, denn die Mieten waren vor sechs Jahren in vielen Städten noch deutlich niedriger als heute.

Allerdings zeigt der von Oberbürgermeister Dieter Reiter in Auftrag gegebene und vom Münchner Sozialreferat erstellte „reale Mietspiegel für München“ eindrucksvoll, welche Summen die Mieterinnen und Mieter in München sparen könnten, wenn endlich alle Wohnungen in die Ermittlung der ortsüblichen Vergleichsmiete einfließen würden. Aus der heutigen Mieterhöhungsspirale würde endlich wieder ein preisdämpfendes Instrument, das München dringend bräuchte. Ein echter Mietspiegel würde das Mietniveau um 8,6 Prozent absenken. Alle günstigeren Mieten aus älteren Verträgen und alle geförderten Wohnungen bei z.B. Gewofag, GWG und den Genossenschaften dürfen nach derzeitiger Gesetzeslage nicht berücksichtigt werden. Aber auf den Mietspiegel dürfen sich auch die Vermieter der Wohnungen mit Altverträgen berufen und die Mieten regelmäßig erhöhen. Bei der Mietpreisbremse, also bei Wiedervermietungen, spielt der Mietspiegel ebenso eine entscheidende Rolle. Der reale Mietspiegel würde innerhalb von nur 5 Jahren je nach Baujahr und Ausstattung der Wohnung zu einer Ersparnis von 2.500 Euro bis 7.000 Euro führen und schon im ersten Jahr zwischen einer halben und einer ganzen Monatsmiete Erleichterung bringen.

München macht Druck für weitere Reformen

Bislang scheitert eine noch grundlegendere Reform des Mietspiegels am Widerstand von CDU/CSU im Bundestag. Mit dem nun vorliegenden Zahlenwerk aus München sollte endlich ein Umdenken einsetzen. Statt alle zwei Jahre eine Mieterhöhung von durchschnittlich 4,7 Prozent eine Absenkung um 8,6 Prozent ist ein Argument, dem sich Seehofer und die Union nicht entziehen können.

Längst können sich Normalverdienende die Mieten in München nicht mehr leisten, von Polizisten, Pflegepersonal und Rentnerinnen und Rentnern ganz zu schweigen. Die Mieten steigen viel schneller, als Löhne, Gehälter oder Renten, auch weil sie mit einem falschen Mietspiegelansatz in die Höhe getrieben werden. Mit unserem Volksbegehren 6 Jahre Mietenstopp in Bayern wollen wir eine Atempause für die Mieterinnen und Mieter – aber auch für uns als Gesetzgeber in Berlin, der dann endlich die nötigen Reformen umsetzen kann.

Volksbegehren würde Atempause verschaffen

Für dieses Volksbegehren „6 Jahre Mietenstopp“ konnten wir einen Riesenerfolg vermelden: Das Begehren hat in Bayern mehr als doppelt so viele Unterschriften erreicht als nötig! In nur dreieinhalb Monaten haben Mieterverein München, die Münchner SPD und weitere Bündnispartner 51.983 gültige Unterschriften gesammelt. Damit haben wir die Hürde von 25.000 erforderlichen Unterstützungsunterschriften für den Zulassungsantrag beim bayerischen Innenministerium mehr als deutlich genommen. Wir erwarten uns nun eine zügige Prüfung durch die Staatsregierung. Für die städtischen Wohnungen gibt es den Mietenstopp bereits, es geht also.

Gemeindeverkehrsfinanzierung: U9 kann kommen!

Am 30. Januar 2020 hat der Deutsche Bundestag eine Novelle des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) beschlossen. Für die kommunale Verkehrsinfrastruktur der Stadt München ist das ein wichtiger Durchbruch. Denn ganz konkret wird nun endlich der Ausbau der U9 förderfähig, da Investitionen in Schienenstrecken zur Kapazitätserhöhung neu in den Förderkatalog aufgenommen werden.

Zudem erhöhen wir den Förderanteil des Bundes auf bis zu 90 Prozent und führen weitere neue Fördertatbestände ein – wie die Reaktivierung von Schienenstrecken, den Bau und Ausbau von Bahnhöfen, Haltestellen, Umsteigeanlagen und Zentralen Omnibusbahnhöfen mit Anschluss zum schienengebundenen ÖPNV, aber auch Planungskosten.

Doch mit der Novelle haben wir nicht nur die Förderkriterien vereinfacht. Wir haben das GVFG auch entfristet und bereits im laufenden Kalenderjahr 2020 die zu Verfügung stehenden Mittel auf über 665 Millionen Euro verdoppelt. In den Jahren 2021 bis 2024 werden jeweils 1 Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Im Jahr 2025 wird der Etat sogar auf 2 Milliarden Euro anwachsen. 2026 werden die Mittel mit 1,8 Prozent pro Jahr dynamisiert. Damit stellt der Bund den Ländern und Kommunen in den kommenden fünf Jahren 4,6 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung.

Wir konnten in den Verhandlungen des parlamentarischen Verfahrens darüber hinaus durchsetzen, dass auf die Nutzen-Kosten-Bewertung bei Grunderneuerungen verzichtet werden kann, da beim ursprünglichen Bau der jeweiligen Strecke der gesamtgesellschaftliche Nutzen bereits nachgewiesen wurde. Diese Änderung allein kann die Umsetzungsdauer von Maßnahmen um bis zu zwei Jahre verkürzen.

Die Novelle des GVFG auf Basis der bereits 2019 erfolgten Änderung des Grundgesetzes – so dass der Bund die Länder weiterhin bei der Verkehrsinfrastruktur unterstützen kann – ist ein zentraler politischer Erfolg für zusätzliche Investitionsmöglichkeiten in die Münchner Verkehrsinfrastruktur. Davon profitieren alle, die mit dem ÖPNV mobil sind. Und das Klima obendrein.



Konferenz „Klimaschutz und Kommunen“ der SPD-Bundestagsfraktion Klimaschutz von unten

Die Koalition hat mit dem Klimaschutzpaket konkrete Maßnahmen für den Klimaschutz geschaffen. Es macht die Klimaziele verbindlich und denkt das Ökologische zusammen mit sozialen und wirtschaftlichen Zielen.

Die Macher des Klimaschutzes sind die Kommunen. Sie gestalten die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort und sind damit zentraler Angelpunkt für eine fortschrittliche Klimapolitik. Eine Klimawende „von unten“ in den Städten und Gemeinden kann nach Ansicht der SPD-Bundestagsfraktion nur funktionieren, wenn sie sozial ausgestaltet ist und nicht einseitig Personen mit niedrigem und mittlerem Einkommen belastet. Nur eine soziale Klimapolitik kann das Klima auf Dauer schützen.

Wie der Bund die Kommunen dabei unterstützen kann, haben am 31. Januar 2020 u.a. SPD-Fraktionsvorsitzender Dr. Rolf Mützenich, Umweltministerin Svenja Schulze und die stellvertretenden Vorsitzenden Matthias Miersch und Sören Bartol mit über 180 kommunalen Vertreterinnen und Vertretern diskutiert. In Best-Practice-Beispielen wurden klimagerechte Mobilitäts- und Quartierskonzepte aufgezeigt. Die Ergebnisse und Problemfelder der Diskussionen nehmen wir nun mit in die parlamentarische Arbeit.



Deutschland übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli übernimmt Deutschland nach 13 Jahren wieder die EU-Ratspräsidentschaft. Die Erwartungen der anderen Mitgliedstaaten und auch die Herausforderungen sind zweifellos groß. Als größtem und wirtschaftlich stärkstem Mitglied der Europäischen Union kommt uns - insbesondere nach dem erstmaligen Austritt eines Mitgliedstaates - eine besondere Verantwortung zu für den Zusammenhalt und die Zukunft der EU.

Wir müssen bis Ende des Jahres ein Partnerschaftsabkommen mit Großbritannien verhandeln, das uns weiterhin gute Nachbarn und enge Handelspartner bleiben lässt, aber auch kein Einfallstor für unlauteren Wettbewerb durch Steuerdumping oder niedrigere Standards wird. Gleichzeitig müssen wir die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen, also dem Haushalt der EU, abschließen.

Wichtig ist für uns als SPD, dass sich ein soziales und solidarisches Europa gegen Lohn- und Sozialdumping stellt. Wir brauchen dafür einen Rechtsrahmen für Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme in den Mitgliedstaaten der EU. Außerdem werden wir die EU-Ratspräsidentschaft dafür nutzen, eine gerechte Besteuerung von Großunternehmen herzustellen, insbesondere in der Digitalwirtschaft. Wir unterstützen auch die EU-Kommission beim Mammutprojekt des „European Green Deal“, also dem Umbau der europäischen Wirtschaft hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell. Ganz wichtig ist uns dabei, dass alle mitgenommen werden und die Transformation nicht zu Lasten der sozialen Gerechtigkeit geht.

Insbesondere für kleine und mittlere Betriebe im exportstarken Deutschland drohen durch Handelskonflikte große Gefahren. Die US-Regierung beispielsweise hat bei ihren vor kurzem erhobenen Strafzöllen explizit Produkte von europäischen Mittelständlern ausgewählt. Der Handelsstreit mit den USA, der sich bis Mitte des Jahres noch zu verschärfen droht, wird ein weiteres Augenmerk der deutschen Ratspräsidentschaft sein, wie auch die Aufhebung der de-facto Blockade der WTO und die Gespräche über ein Investitionsabkommen mit China, die hoffentlich bis zum Herbst in Deutschland zum Abschluss kommen.

Es wird ein interessantes, aber auch herausforderndes halbes Jahr werden für den Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestags - wir sind bereit!



Europäischer Mindestlohn, soziale Ausgestaltung der Klimapolitik und neuer Schwung für die Demokratie waren die Schwerpunkte der Klausurtagung der AG Europa der Bundestagsfraktion in Brüssel.

Der European Green Deal

Die neue EU-Kommission hat sich ein Mammutprojekt vorgenommen, um die vereinbarten Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten: der niederländische Sozialdemokrat und Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, ist verantwortlich für den European Green Deal. Es geht um nicht weniger als den Umbau der europäischen Wirtschaft zu einem neuen nachhaltigen Wirtschaftsmodell, das den sozialen und ökologischen Fortschritt miteinander verbindet, das Wohlbefinden der Menschen verbessert und niemanden zurücklässt.

Fundament des Europäischen Grünen Deals soll ein europäisches Klimaschutzgesetz werden. Damit soll das Ziel im EU-Recht festgeschrieben werden, dass die EU bis 2050 klimaneutral wird. Ein wichtiges Projekt ist die Schaffung einer europäischen Kreislaufwirtschaft, also die Transformation der Wirtschaft hin zu einer Produktionsweise, in der Rohstoffe ständig wiederverwertet werden und Müll weitestgehend vermieden wird. Außerdem geht die Kommission den Schutz der Artenvielfalt und der europäischen und weltweiten Wälder, ökologische Finanzen, Landwirtschaft, Handel und Umwelt und vieles mehr an.

In Deutschland haben wir Erfahrungen mit den sozialen Verwerfungen von Strukturwandel gemacht. Auf sozialdemokratische Forderungen hin wird die EU deshalb einen „Just Transition Funds“ auflegen, also einen Fonds für einen gerechten Wandel. Dieser Fonds soll Regionen unterstützen, die auf dem Weg zur Klimaneutralität besonders vom Strukturwandel betroffen sind, beispielweise durch Wirtschaftsförderung, oder durch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer/innen. Die EU will dafür 100 Milliarden Euro bis 2027 mobilisieren. Außerdem hat Frans Timmermans eine Finanzierung von energetischen Renovierungen für Häuser und Wohnungen von einkommensschwachen Haushalten angekündigt – denn Wohnen macht nicht nur 40 % des EU-weiten Energieverbrauchs aus, bisher kann sich durch die Energiepreise jeder zehnte Europäer das Heizen seiner Wohnung nicht leisten („Energiearmut“).

Für mich ist klar: Eine ehrgeizige Klimapolitik ist nur möglich, wenn sie mit Sozial- und Strukturpolitik verbunden wird. Eine sozialdemokratische Klimapolitik muss auch diejenigen mitnehmen, die sich mehr um das Ende des Monats als um das Ende der Welt sorgen. Die jetzt von der Kommission vorgelegten Vorschläge sind eine gute Basis, auf der man diskutieren kann. In einigen Bereichen wünsche ich mir noch mehr Mut zu einem echten Richtungswechsel, in der EU-Agrarpolitik etwa, oder der Festlegung auf ein Treibhausgas-Zwischenziel von mindestens 55% für das Jahr 2030, wie es die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordern. Wir Sozialdemokraten werden in Brüssel und Berlin daran arbeiten, dass die sozial-ökologische Wende in Europa gelingt!



Großes Interesse an der Führung in den offenen Ateliers in der Wiedefabrik durch den Hausherrn Andreas Wiede-Kurz, u.a. mit Stadtratskandidat Marko Poggenpohl, Christiane Hacker und Gerrit Dittrich.



Beim Jahresempfang der SPD im Münchner Nordosten mit Generalsekretär Uli Grötsch und den Kandidierenden wie Karin Vetterle.



50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWO München von Jugendhilfe bis Seniorenbetreuung blickten in Berlin über die Schulter und erhielten einen Einblick in die Arbeit des Deutschen Bundestages.



Über 100 Frauen tauschten sich beim FrauenTalk der Münchner SPD im Parkcafé aus. Hier gemeinsam mit der Fraktionsvorsitzenden Verena Dietl sowie den Stadtratskandidatinnen Micky Wennigatz und Julia Schmitt-Thiel.



Beim SVN München zum Neujahrsempfang mit Preisverleihung an die zahlreichen Jugendmeister und Jugendmeisterinnen, hier eingrahmt vom Vorsitzenden Kurt Damaschke und Vorgänger Norbert Kreitl.



Bei der Klausur der Bundestagsfraktion mit Europa-Staatsminister Michael Roth und dem baupolitischen Sprecher Klaus Mindrup.



Das Dreikönigstreffen der Münchner SPD im überfüllten Hofbräukeller war ein gelungener Auftakt in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes mit Oberbürgermeister Dieter Reiter und vielen Kandidierenden für den Münchner Stadtrat.

Claudia Tausend MdB

Stv. Sprecherin im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie stv. Sprecherin im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales

Oberanger 38
80331 München
Tel: 089 - 18 93 28 58

claudia.tausend.wk@bundestag.de
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de